Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich einmaliger Zustellung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 2 Mk. bez. 2 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld, im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Die den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher angekündigten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Geschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Auftraggebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Auftraggebern 1 Mk., von auswärtigen 1.50 Mk. Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Heinr. Meyers Medizinal-**Lebertran** „mit der Plombe" in plombierten Flaschen à 50 Pfg., 1 Mk., 1.75 Mk. und 3 Mk. **Löwen-Apotheke,** Dresden, Wilsdruffer Strasse, Ecke Altmarkt. Prompter Versand nach auswärts.

Konfirmations-Neuheiten: Uhren und Goldwaren — solid und billigst empfiehlt — **Aug. Reinhardt,** Seestrasse 9.

Techn. Gummiwaren für alle Arten Betriebe. Dichtungen, Gasbeutel, Schläuche, Transportmäntel etc. etc. **Reinhardt Leupolt, Gummiwarenfabrik,** Dresden-A., Wettinerstrasse 26. Telephon 289.

Glaswaren jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl **Wilh. Rihl & Sohn,** Königl. Sächs. Hoflieferanten, **Neumarkt 11.** Fernsprecher No. 6081.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. Verkaufsstelle der vom Kgl. Finanzministerium neugewählten vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Königl. Sächs. Staats-Forstbeamte. **Hermann Pörschel** Scheffelstrasse 19 (Kleines Rauchhaus).

Nr. 68. Spiegel: Oesterreich und Ungarn. Mathematischer Unterricht. Ehrlichsche Gestiftskirche. Auswanderungslustige. Deutsch-amerik. Tariffrage. Boetticher-Bismarck. Erzberger. Kreisler-Konzert. | Mutmaßl. Witterung: **Mild, veränderlich.** | **Sonnabend, 9. März 1907.**

Ein neuer Streich Ungarns.

Neue Drohrufe aus Ofenpest sind heute die Antwort auf die allzu loyalen Bemühungen des österreichischen Ministerpräsidenten, Ungarn die Vorteile eines langfristigen Ausgleichs begreiflich zu machen: „Nun erst recht nicht!" tönt's aus den Spalten der ultramagyarischen Presse, — „nun überhaupt keinen Ausgleich! Sofortige vollständige wirtschaftliche Trennung von Oesterreich! Abbruch der Verhandlungen, eventuell neuerliche Auflösung des ungarischen Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen . . . .!" Die brennendste Frage der Donaumonarchie tritt damit in ein neues Stadium und das Damoklesschwert der Reichstrennung zittert drohender denn je an dem dünnen Faden der Ministerkonferenzen.

Es ist freilich nur die radikale äußerste Linke, welche die Unabhängigkeitspartei zu diesem Beschlusse drängt, und der Gedanke liegt nahe, daß hier wieder einer der blinden Schreckschüsse knallt, mit denen die Opposition im alten Parlament unter Tisza und Fejervary die Wiener Regierung so oft ins Bockshorn jagte. Aber die Drohung ist diesmal doch bedenklicher, der Revolver des Erpressers ist heute nicht mehr blind geladen, denn — die einstige Opposition, die, von keiner Verantwortlichkeit beschwert, durch ihren wüsten Lärm den „Willen der Nation" mimen durfte, ohne etwas zu riskieren, ist heute selbst Regierungspartei geworden und, wie man sieht, fest entschlossen und siegesgewiß, auch die Verantwortung für einen neuerlichen Appell an die Wähler unter der Wahlparole „Los von Oesterreich!" übernehmen zu können. Je frivoler — das haben die magyarischen Losreißungspolitiker in den letzten Jahren schon erprobt — je dreister und heuchlerischer sie sich lediglich als ergebene Vollstrecker des Willens einer „Nation" gebärden, die nirgends existiert, die bloß in ihrer eigenen chauvinistischen Phantasie lebt, desto größer die Suggestionskraft über die Massen, die längst gedrillt sind, die Ursache ihres wirtschaftlichen Elends nicht in der Korruption der eigenen Regierung, sondern jenseits der Leitha, im verhaßten „schwarzgelben Joch" zu suchen. Für Kenner der im Grunde höchst einfach konstruierten Psyche des Magyarentums, die nur in der Maßlosigkeit, beim Geschäft wie beim Genießen, wahre Lebensfreude findet, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß Neuwahlen, die unter dem Eindruck solch provozierten Scheiterns der Ausgleichsverhandlungen vorgenommen würden, tatsächlich das erste Parlament des „Los von Oesterreich" gewordenen Ungarns erzeugen müßten.

Es ist ein beispielloses, man mag sogar sagen: verzweifeltes Va banque, ein „Alles oder Nichts", das die Unabhängigkeitspolitiker im gegenwärtigen Stadium der Verhandlungen wieder mit dem Aeußersten drohen läßt. Manchem Magyaren klopft doch ein bißchen das Herz unter der Brieftasche bei dem Gedanken, daß Ungarn bei einer plötzlichen Trennung der Wirtschaftsgebiete all der Vorteile der bisherigen Realunion, vor allem der gemeinsamen Notenbank, deren internationaler Kredit auch das Defizit Ungarns vor dem Auslande deckte, mit einem Schlage verlustig gehen könnte. Auch die Vorstellung, daß im Falle eines Thronwechsels der oberste Kriegsherr mit österreichischen Regimentern sich die seinem greisen Vorgänger abgelisteten und abgepreßten Symbole der Heereseinheit aus Ungarn zurückholen könnte, ist gerade keine Ermunterung, die Dinge auf die Spitze zu treiben. Aus solchen Erwägungen heraus glaubte auch das „Neue Pester Journal" warnen zu müssen: „In Oesterreich wird jetzt nicht mehr der § 14 herrschen, der die antiungarische Opposition mundtot machte, sondern das Parlament des allgemeinen Wahlrechts, dem Ungarn jetzt füglich und klüglich die Rolle des Angreifers überlassen könne." Aber gerade dieser sehr vernünftige Hinweis auf die Gefahren, die Ungarn von einem wenigstens in der Ausgleichsfrage geeinigten Oesterreich drohen, scheint die radikalen Unabhängigkeitspolitiker nicht abzuschrecken, sondern im Gegenteil nur anzuspornen, alle Schiffe hinter sich zu verbrennen und — „der Hieb ist die beste Parade" — durch eine letzte, gewaltige Kraftanstrengung der österreichischen Gemeinsamkeitspolitik eine Niederlage zu bereiten, sie vor ein fait accompli zu stellen, noch ehe sie ihrerseits in dem Willen der österreichischen Völker eine kräftige Stütze gegen die Fortdauer der magyarischen Beutepolitik findet. Selbst der „gemäßigte" Kossuth, dessen Mäßigung lediglich darin besteht, daß er Ungarn noch bis zum Jahre 1917 die Vorteile des gemeinsamen Zollgebiets auf Kosten Oesterreichs erhalten möchte, nennt jetzt im „Magyarorszag" das „selbständige Zollgebiet" und die „ungarische Notenbank" die Kristallisationspunkte des Kampfes und erklärt die Bemühungen des österreichischen Ministerpräsidenten um den langfristigen, über 1917 hinausgehenden Ausgleich als eine „Schwindelpolitik", mit der Ungarn um die Zugeständnisse des „geliebten Königs" in den militärischen Fragen betrogen werden soll.

Angesichts dieses Fallenlassens jeder täuschenden Maske ist es heute ganz unverständlich, wie Ministerpräsident Freiherr von Beck sein Programm vom „langfristigen Komplexausgleich" noch länger aufrechterhalten will. Vielleicht ist es heute auch nur mehr eine Maske der Friedfertigkeit, welche das geschichtliche Odium, den wirtschaftlichen Zerfall der Habsburger Monarchie in zwei Hälften verschuldet zu haben, auf die Schultern Ungarns abwälzen will. Denn daß das österreichische Zukunftsparlament den langfristigen „Schrecken ohne Ende" dem sofortigen Ende mit Schrecken vorziehen sollte, daran ist kaum zu denken. In allen Wählerversammlungen Oesterreichs, in deutschen wie in slawischen, dröhnt heute dem Ausgleich stereotyp ein „esse delendam" entgegen, und nicht einmal die Nationen, sondern die großen Wirtschaftsgruppen Agrarier und Industrielle marschieren hierbei an der Spitze. Die Wahlparole des ersten österreichischen Massenparlaments lautet „Los von Ungarn", je eher, je besser!

Neueste Drahtmeldungen vom 8. März.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Eisenbahnetats mit der Beratung der Personentarifreform fort, wozu ein Antrag der Linken wegen Ermäßigung der Personentarife und Aufhebung der Fahrkartensteuer sowie ein nationalliberaler Antrag, um Ermäßigung der Eisenbahnpersonentarife vorliegt. Abgeordneter Schmedding (Zentr.) erklärte, daß seine Freunde nicht in der Lage seien, eine Ermäßigung der Personentarife zuzustimmen, da dadurch Mindereinnahmen der Eisenbahn entstehen würden. Abgeordneter Bockelberg (Kons.) führte aus, daß die Einführung der Reichsfahrkartensteuer im ganzen Reiche übel gewirkt habe. Vielleicht könne an Stelle der Fahrkartensteuer eine Abfindung seitens Preußens an das Reich gezahlt werden. Ein bezüglicher Antrag ist von den Konservativen und Freikonservativen eingebracht worden. So wie die Tarifreform jetzt sei, bedeute sie eher einen Rückschritt als einen Fortschritt. Abg. Dr. Friedberg (Natl.) sprach sich gleichfalls gegen die Fahrkartensteuer aus, die nicht nur verteuernd auf das Reisen überhaupt, sondern auch ganz ungleichmäßig wirke. Im Reichstage hätten seine politischen Freunde für die Fahrkartensteuer nur gestimmt, um nicht die ganze Reichstarifreform zu gefährden.

Zum Tode v. Bötticchers.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der gestrigen Sitzung des Bundesrats gedachte der Vorsitzende Graf Posadowsky mit ehrenden Worten des verstorbenen Staatsministers, früheren Staatssekretärs des Innern Dr. v. Bötticher. — Der „Reichsanzeiger" widmet v. Bötticher einen warmen Nachruf, in dem es heißt, daß mit Bötticher ein hervorragender Staatsmann der neueren Geschichte aus dem Leben geschieden sei. Durch nahezu 17 Jahre habe er als Stellvertreter des Reichskanzlers tiefgehenden Einfluß auf die Entwicklung der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reiches geübt. Neue Gedanken, heißt es weiter, deren Vorbildlichkeit sich im Laufe der seit dem Erlaß dieser Gesetze verflossenen Zeit mehr und mehr herausstellte, und deren segensreiche Verwirklichung auch die, die ursprünglich Gegner dieser Gesetzgebung waren, nicht mehr verkennen, sind damit in die Organisation des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens eingefügt. Bötticher ist der Träger dieser Gesetzgebung gewesen in den langwierigen Vorverhandlungen und hat sie mit bewundernswerter Geschicklichkeit, mit fester Energie, mit einer nie ermüdenden Arbeitskraft durch alle Stadien bis zu ihrer Verabschiedung geführt. Er war hierbei von tiefem sozialen Empfinden geleitet, das in der Rede, mit der er das Invalidengesetz der Annahme des Reichstages empfahl, in warmen Worten ausklang: „Liebet eure Brüder!" Weiter wird der Verdienste v. Böttichers um die Umgestaltung der Gewerbeordnung, um das Handwerkergesetz, um das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, um den Kaiser Wilhelm-Kanal usw. gedacht. Dann fährt der Nachruf fort: „Nahezu zehn Jahre hindurch war er der treue, hingebungsvolle, auf die Gedanken des großen Kanzlers mit raschem und tiefem Verständnis eingehende erste Helfer des leitenden Staatsmannes, der wiederholt bekannte, daß er ohne den Entschlafenen die innere Reichspolitik nicht hätte durchführen können. Einer solchen vielseitigen, nach allen Richtungen des staatlichen Lebens sich verzweigenden Tätigkeit konnte nur die Vereinigung so ungewöhnlicher Gaben, wie Bötticher sie besaß, gerecht werden. Die rascheste Auffassung, ein scharfer, logischer Verstand, ein angeborenes Gefühl für das Mögliche in der Politik, das volle Vertrauen in die Zukunft des deutschen Volkes, daneben eine glänzende Beredsamkeit, die schlagfertig war, ohne je zu verletzen, ein echter Humor im Sinne seines Lieblingsdichters Reuter und eine gewinnende persönliche Liebenswürdigkeit vereinigten sich in ihm, um ihn zu den Erfolgen und Leistungen seines Lebens zu befähigen. Wer ihm persönlich nahe stand, weiß, daß die Angriffe, die nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck gegen ihn erhoben worden sind, vor der Geschichte nicht werden bestehen können. In tiefer Dankbarkeit, in immer bis in die letzten Jahre betonender Bewunderung hing er dem Fürsten Bismarck an, und oft hat er es ausgesprochen, daß aus seinem Munde und aus seiner Feder nie ein Wort fließen würde, das geeignet sein könnte, dem deutschen Volke das Andenken an seinen großen Staatsmann auch nur im geringsten zu trüben." Schließlich wird seiner Tätigkeit als Oberpräsident der Provinz Sachsen gedacht. „Der königliche Dienst, wie das Vaterland," heißt es hierbei, „haben mit dem Hingange Böttichers einen schweren Verlust erlitten. Ihn führten die Tugenden des altpreußischen Beamtentums, freundlich erhellt durch sein warmes Herz und seinen humanen Sinn."

Wien. (Priv.-Tel.) Sigmund Münz veröffentlicht in der „Neuen Fr. Pr." Erinnerungen und Briefe von Böttichers, die namentlich auf die Anschuldigung, Bötticher habe zu Bismarcks Sturz beigetragen, neues Licht werfen. Bötticher erzählt darnach, daß er wenige Wochen vor Bismarcks Entlassung nach Friedrichsruh kam, dort am Bett der erkrankten Fürstin sitzen durfte, derselben Fürstin, die einige Wochen später sich in einen Groll gegen ihn hineingelebt hätte, als ob er tatsächlich dazu beigetragen hätte, Bismarck zu stürzen. Als Bötticher nach der Entlassung dem Fürsten Bismarck die Hand küßte, um ihm zu danken für alles, was er ihm schulde, sagte der Fürst: „Aber, Bötticher, Sie haben ja selbst zu meinem Sturz beigetragen, indem Sie mich nicht dem Kaiser gegenüber stützten, meine Sache nicht, wie es sein mußte, selbst im Widerspruch zum Kaiser verfochten haben." Bötticher verteidigte sich, er habe nur antworten können, daß er stets die Sache, die er als Ziel seines Chefs, des Fürsten, zu vertreten hatte, vor dem Kaiser sowohl, wie vor der Oeffentlichkeit des Reichstages verteidigte, auch wenn er persönlich nicht immer von ihr eingenommen war; denn höher sei ihm stets die Amtspflicht gewesen, mit der in Preußen zuweilen die strengste Zurückstellung der eigenen Neigungen verknüpft sei. Freilich bei stärkeren Widersprüchen zwischen dem Fürsten und dem Kaiser habe er nicht ganz vergessen dürfen, daß der Kaiser der Herr wäre, dem er diente, und da habe er allerdings gegenüber der Zumutung des Fürsten, daß er sich dem Kaiser hätte entgegenstellen sollen, schweigen zu müssen geglaubt. Die Fürstin aber blieb Böttichers Feindin. Als ein Freund Bismarcks dem Fürsten später zuredete, er möge sich von seinem unbegründeten Verdachte lossagen, bemerkte Fürst Bismarck: „Wenn ich zu Bötticher wieder in ein freundschaftliches Verhältnis treten wollte, müßte ich mich vorher von meiner Frau scheiden lassen." Die letzten Worte, die Bötticher selbst, nachdem er dem Fürsten versichert hatte, daß er die Treue gegen ihn nie verletzt habe, aus dessen Munde hörte, waren: „Nein, Treubruch werfe ich Ihnen auch nicht vor, aber Sie haben mich im Kampfe mit dem Kaiser nicht so unterstützt, wie ich das von Ihnen erwarten durfte."

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Reichsduma. Der Sieg der Linken bei der Vizepräsidentenwahl wurde von der Linken mit lärmendem Beifall aufgenommen, als ein Zeichen des festen Zusammenhaltens zwischen den Sozialisten und den übrigen Gruppen der Linken gegenüber den Kadetten, die als Vizepräsidenten den Deputierten Teslenko gewünscht hatten, während die Sozialisten ihn ablehnten, als Vertreter einer Stadt, in der die Kadetten der Arbeitspartei kein Mandat einräumen wollten.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Zum Vizepräsidenten der Reichsduma sind Rechtsanwalt Posnanski aus Charkow, der parteilosen Gruppe angehörend, mit 349 und der Mathematiker Berezin von der Arbeitergruppe mit 315 Stimmen gewählt worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Bezüglich der Abrüstungsfrage auf der Haager Konferenz erfährt die „Voss. Ztg." von unterrichteter Seite, daß die Regierungen sich jetzt verständigt hätten, unter welchen Bedingungen gegebenenfalls eine Erörterung über diesen Gegenstand stattfinden solle. Dies würde geschehen, wenn England einen besonderen hierauf gerichteten Antrag stellte. Die russische Regierung, die die Konferenz angeregt hat, wird in diesem Falle die die Konferenz beschickenden Staaten auffordern, einer Besprechung hierüber zuzustimmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) An dem Kapitel der Ballei Brandenburg des ritterlichen Ordens St. Johannes vom Spital zu Jerusalem, in dem heute die Herrenmeisterwahl erfolgte, nahm auch der Ehrenkommendator, Sächsischer Staatsminister von Metzsch-Reichenbach, teil.

Berlin. (Priv.-Tel.) Polizeioberst Krause ist heute nachmittag gestorben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Im hohen Alter von 75 Jahren ist gestern Frau Marie Mommsen, die Witwe des großen Gelehrten, gestorben. Als vor wenigen Wochen in ihrer Charlottenburger Villa Feuer ausbrach, mußten die bei ihr lebenden Töchter unter großen Schwierigkeiten die völlig gelähmte alte Dame in Sicherheit bringen. Dieser Unfall hatte begreiflicherweise sehr ungünstig auf ihren Gesundheitszustand eingewirkt. Marie Mommsen, eine Tochter des Buchhändlers Reimer, in dessen Verlag die Werke des Gelehrten erschienen sind, hat ihrem Gatten eine reiche Zahl von Kindern geschenkt. Zu ihren Söhnen zählt auch der Abgeordnete Bankdirektor Karl Mommsen.

Berlin. Heute nachmittag fuhr auf dem Wannsee-Bahnhof Berlin eine Reservemaschine einem von Zehlendorf kommenden Vorortzug in die Flanke. Beide Maschinen sind entgleist, Personen nicht verletzt. Der Wannsee-